

Frühlingsingen «On the Road»

Herisau Eine Woche vor den Ferien findet jeweils das traditionelle Frühlingsingen der Primarschule Herisau statt. Am kommenden Samstag, 1. April, tragen Schülerinnen und Schüler der 5. Klassen Titel unter dem Motto «On the Road» vor. Der Anlass beginnt um 10 Uhr in der reformierten Kirche. Zu hören werden Lieder wie «Streets of London», «Au Champs-Élysée», «Heute hier, morgen dort» oder «Ein Hut, ein Stock, ein Regenschirm» sein. Die Schülerinnen und Schüler haben in den vergangenen Wochen die Melodien und Texte intensiv einstudiert und freuen sich über einen grossen Publikumsaufmarsch. (pd)



Noldi Alder wird Knellwolfs Geschichte vor Ort mit Improvisationen, aber auch Stücken von der Klassik bis Volksmusik begleiten.



Schriftsteller Ulrich Knellwolf hat speziell für das Urnäser Jubiläum eine Geschichte geschrieben. Bilder: PD

Beleuchtung im Bereich Mitledi

Hundwil Mit der Sanierung der Schulanlage Mitledi wurde auch die Beleuchtung erneuert, erweitert und mit LED-Lampen ausgestattet. Dies führte zu einem veränderten Lichtstrahl. Das erzeugte Licht ist deutlich heller. Dies wirke sich für Anwohner eher negativ aus, heisst es in einem Schreiben der Gemeindekanzlei. Das Licht bei der Schulanlage ist dem öffentlichen Beleuchtungsstrang Mitledi angehängt und brennt bis 00.30 Uhr. Vereinsaktivitäten in der Schulanlage Mitledi sind bis 22 Uhr vorgesehen. Im Sinne einer Verbesserung der Situation für die Anwohner und von zeitgemässen energetischen Sparmassnahmen wird vorerst als Testbetrieb die Abschaltzeit des Stranges Mitledi auf 23 Uhr vorverlegt. (gk)

Geschichte zum Jubiläum

Urnäsch Am Samstag wird ein besonderer kultureller Leckerbissen geboten: Für das Jubiläum 600 Jahre Urnäsch hat Ulrich Knellwolf eine Geschichte geschrieben.

Der Schriftsteller und Theologe Ulrich Knellwolf hat speziell für den Jubiläumsanlass in Urnäsch eine Geschichte geschrieben. Diese umspannt 600 Jahre. Mit dem Kniff einer Familienstory gelingt es dem Autor, die Urnäser und auch Schweizer Geschichte lebendig werden zu lassen. Die Eckdaten sind historisch, manches dazwischen – vor allem Persönliches – ist frei erfunden.

Es geht um die ausgestorbene Urnäser Familie Thörig von der Hinterberg Rhod. Nicht einmal Hans Hürlemann weiss, wo diese in Urnäsch genau zu finden war.

In der Zeit der Reformation gehörten die Thörigs zu den einflussreichsten Familien von Urnäsch und des ganzen Hinterlandes. Mehrere dieses Namens wurden Gemeindehauptmann, zwei sogar Landammann. Sebastian Thörig der Jüngere war der letzte Landammann des ungeteilten Landes Appenzell und der erste von Appenzell Ausserrhoden. Und immer hiessen diese Thörig Sebastian oder Baschon, wie man damals sagte und schrieb. Ulrich Knellwolf gibt in seiner Geschichte einem Baschon Thörig die entscheidende

Rolle beim Beschluss der Urnäser, auf eigene Faust eine Kirche zu bauen, lässt einen Baschon Thörig mit dem Bruder Klaus zusammentreffen und spinnst einen amourösen Faden zwischen dem Landammann Thörig und der Priorin des Frauenklosters Wonenstein im Zusammenhang mit der Landteilung von 1597.

Der Musiker Noldi Alder wird die Lesung live vertonen. Er wird sie mit seiner Musik in verschiedene Teile gliedern. Dadurch können die Zuhörer den Inhalt des Gehörten nachwirken lassen. Ausserdem wird der grosse zeit-

liche Rahmen besser wahrnehmbar. Nebst Improvisationen wird Noldi Alder auch Stücke aus der Renaissance, aus der Barockzeit, der Klassik, Romantik und natürlich auch Volksmusik spielen. Das Schötzenchörli Stein singt das Bruder-Klaus-Gebet in der Vertonung von Noldi Alder. Anschliessend sind alle Zuhörer und Zuhörerinnen zu einem Apéro im Rekadorf eingeladen. (pd)

Hinweis

1. April, 19 Uhr, evangelische Kirche Urnäsch

Hundwil legt Gewinn vor

Hundwil In der Erfolgsrechnung steht einem Aufwand von gut 6,8 Millionen ein Ertrag von von knapp 7 Millionen Franken gegenüber. Es resultiert ein Ertragsüberschuss von 112 000 Franken, was einem Besserabschluss gegenüber dem Voranschlag von 134 000 Franken entspricht. Dieses Ergebnis, heisst es in einer Mitteilung aus der Gemeindekanzlei, habe trotz tieferer Steuererträge dank periodischer Kontrollen der laufenden Kosten in den Ressorts erzielt werden können. Die Investitionsrechnung 2016 zeigt getätigte Nettoinvestitionen von knapp 700 000 Franken. Diese liegen gegenüber dem Voranschlag um 240 000 Franken tiefer. Trotz Jahren mit höheren Investitionen mit der Sanierung Schulanlage Mitledi und Ausbau der ehemaligen St. Galler Quellen müsse der Fokus stetig auf eine weitsichtige Finanzplanung gelegt werden. Die hohen Investitionen führten zu einer Erhöhung der Verschuldung. Gemeindeeigene Anlagen müssen laufend auf Unterhalt und Erneuerung überprüft werden, damit ein Investitions- oder Unterhaltsstau vermieden werden kann. Nur mit positiven Abschlüssen in der Erfolgsrechnung könne das Eigenkapital wieder etwas aufgebaut werden, heisst es in der Mitteilung. Deshalb bleibe die Zielsetzung eines positiven Jahresabschlusses wichtig. Viele Kosten der Gemeindefinanzierung sind vorgegeben und nicht direkt beeinflussbar und doch Kostensteigerungen unterworfen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Jahresrechnung gemäss neuer Gemeindeordnung zum ersten Mal dem fakultativen Referendum unterstellt wird. (gk)

Altersvorsorge, aber nicht nur

Session Andrea Caroni plädiert in Sachen Rentenreform für die Ziehung der Notbremse an der Urne. Es waren aber noch zahlreiche andere Themen, die den Ständerat beschäftigten.

Die jüngst zu Ende gegangene Frühlings-session stand im Banne der Altersvorsorge 2020. Da schon meine Kollegen in ihren Sessionsberichten (APZ vom 22.3.2017) darüber berichteten, möchte ich hier etwas andere Themen beleuchten, mit denen wir uns im Ständerat auch beschäftigten. Zur Altersvorsorge nur dies: AHV und berufliche Vorsorge sind finanziell in Schieflage. Auf der Ausgabenseite belasten die geburtenstarken Jahrgänge und eine steigende Lebenserwartung die Kassen. Gleichzeitig sinken die Einnahmen wegen der geburtenstarken Jahrgänge und der tiefen Kapitalerträge.

Das Resultat: Eine jährliche Umverteilung in Milliardenhöhe von den Ungeborenen, Jungen und Aktiven zu den Rentenbezügern und ein drohender Kollaps des Systems. Die nahe liegendste Lösung wäre eine schrittweise Anhebung des Referenzalters, z. B. im Gleichschritt mit der steigenden Lebenserwartung (unser Rentenalter ist heute gleich hoch wie 1948, wir leben aber 14 Jahre länger, Tendenz steigend). Dieser Ansatz scheiterte aber in den Räten. Statt der finanziellen Gesundung hat sich ein Ausbau durchgesetzt. Diese berühmten 70 Franken aber kosten bald jährlich weitere Milliarden, die wir nicht

haben beziehungsweise mit höheren Steuern und Lohnprozenten bezahlen müssen. Zudem diskriminieren sie die heutigen Rentner, welche diesen «Zustupf» nicht bekommen und also weniger erhalten als Neurentner. Einziger Ausweg ist die Notbremse am 24. September 2017 an der Urne und ein Neustart. Die Elemente sind auf dem Tisch, man muss nur den Mut haben, sie zu beschliessen.

Stabilisieren ist noch nicht sparen

Eine frohe Kunde ist, dass es gelang, ein Stabilisierungspaket zu schnüren – eine Seltenheit in der nationalen Politik. Die nächsten zwei Jahre geben wir so jährlich rund 800 Millionen Franken weniger aus als geplant (nicht zu verwechseln mit echtem Sparen, wo man weniger ausgibt als man einnimmt). Angesichts der düsteren Aussichten der Bundesfinanzen reicht das aber noch nicht. Vor allem aber muss man sich dagegen wehren, dass die bewährte Schuldenbremse aufgeweicht wird, wie der Bundesrat dies andenkelt.

Keine Seltenheit war hingegen die vierte Verlängerung des Bundesprogramms für die Finanzhilfen für die Kinderbetreuung. Natürlich ist die ausserfamiliäre Kinderbetreuung etwas Relevantes – das macht sie aber

noch nicht zur Bundesaufgabe. Das schlechte Gewissen der Bundespolitik ob dieser Bundessubvention zeigt sich daran, dass der Beschluss befristet ist. Diese «Befristung» ist aber ein Musterbeispiel dafür, wie einmal beschlossene Subventionen nie mehr verschwinden. Ursprünglich war der Beschluss auf acht Jahre (2003 bis 2011) befristet. Danach aber verlängerte man ihn angeblich «letztmals» (so der Gesetzestext) bis Ende 2015. Dennoch verlängerte man den Beschluss vor Ablauf bis 2019, und nun beschliessen wir eine vierte Verlängerung, diesmal um weitere fünf Jahre (also bis 2024). Nach über 20 Jahren sollte man wenigstens nicht mehr von «Anstossfinanzierung» sprechen. Es sei zudem der Verdacht geäussert, dass auch die in der Energiestrategie 2050 angegebliche Befristung



Andrea Caroni, Ausserrhoder Ständerat. Bild: PD

der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) nicht so schnell auslaufen wird. Genauso wenig übrigens wie die eigentlich bis Ende 2017 befristete Mehrwertsteuer-Erhöhung für die IV – sie wird nun einfach in der Altersvorsorge 2020 (siehe oben) umgeleitet.

Vages zur Landwirtschaft, Schwarzarbeiter, Lobbyisten

Als einzige Volksinitiative berieten wir diejenige zur «Ernährungssicherheit». Hierzu verabschiedete das Parlament einen direkten Gegenvorschlag, der nun statt der Initiative (voraussichtlich auch am 24. September 2017) an die Urne kommt. Zwar konnte in den Räten niemand so recht erklären, was denn der Inhalt dieser äusserst vagen neuen Verfassungsbestimmung sei. Es bestehen nämlich schon bewährte Verfassungsbestimmungen zur Landwirtschaft (Art. 104) und ebenso zur Raumplanung, die für das Kulturland zentral ist (Art. 75). Dennoch setzte sich der Gegenvorschlag durch, weil die meisten Beteiligten – Befürworter wie Gegner – froh waren, dass über die Initiative nicht an der Urne gestritten werden muss.

Sodann befasste sich der Ständerat auch mit dem Bundeshaus, konkret mit dem Zutritt von Lobbyisten. Er beharrte darauf,

dass wir in der Kommission eine Lösung finden, wonach der heutige «Badge-Basar» abgeschafft werde. Wir Parlamentarier sollten nicht länger die «Schlepper» der Lobbyisten sein. Die Kommission muss nun die Ärmel wieder hochkrempeln.

Auslöser Ausserrhoden Erfolg mit Vorstössen

Ausgerechnet Ausserrhoden war sodann Auslöser einer Revision des Schwarzarbeitsgesetzes: Weil ein hiesiger Treuhänder das vereinfachte Abrechnungsverfahren missbrauchte, das eigentlich vor allem für private Putzhilfen eingeführt wurde (er gründete zahlreiche Firmen und stellte sie je in Teilzeit an, um vom tiefen Steuersatz von 5% zu profitieren), schlug der Hammer des Gesetzgebers zu. Der «Putzfrauenrick» ist nun Geschichte – aber ob man das nicht auch mittels strengerer Anwendung der bestehenden Gesetze hingekriegt hätte? Nochmals Ausserrhoden: Im Rahmen einer Debatte über ein nationales Burkaverbot meinte ein Tessiner Vertreter, er sei dafür, weil sein Kanton ein kantonales Burkaverbot habe. Ich erlaubte mir den Hinweis, Ausserrhoden hätte ein kantonales Nacktwanderverbot und ich würde dennoch nicht (oder gerade darum nicht) für ein nationales Nacktwanderverbot

weibeln. Im Ständerat behandelten wir sodann eine Motion von mir, die ich noch im Nationalrat erfolgreich eingereicht hatte. Inhalt war, dass Angehörige der Armee für ihre Einsätze ein Arbeitszeugnis erhalten sollten, wie Zivilienleistende schon heute. Im Rahmen der Armee reform WEA hat der Bundesrat das Anliegen nun umgesetzt, was die Vereinbarkeit von Beruf und Militär stärkt. Ein Highlight erlebte ich kurz vor Sessionsende: Vier Vorstösse, die ich noch als Nationalrat eingereicht hatte, kamen dort am Stück auf die Traktandenliste. Alle wurden überwiesen, und zwar gegen den Willen des Bundesrates. Es waren vier Vorstösse für eine freierliche Wirtschaftsordnung: Der erste und wichtigste fordert eine Regulierungsbremse – es war der erste Vorstoss, der zu diesem wichtigen Thema überwiesen wurde. Der zweite Vorstoss verlangt, dass staatliche Subventionen an private Unternehmen genauer beleuchtet werden. Der dritte und vierte fordert, dass der Staat transparenter und rechtsgleicher vorgehen muss, wenn er Konzessionen für Monopoltätigkeiten vergibt – mehr Markt, weniger Gemauschel.

Andrea Caroni, Ständerat AR
redaktion@appenzellerzeitung.ch